

Niederschrift

zur 54. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 07.03.2019	18.30-21.14 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Rene Benz , Monika Fiedler , Jürgen Grasnick , Gerold Sachse , Stephan Wende
ab 18.33 Uhr,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke bis 20.06 Uhr, Jens Hoffrichter ab 18.42, TOP 6, Karin Lehmann in der nö Sitzung abwe-
send, Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Nancy Krüger , Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink bis 22.45 Uhr, Petra Schumann ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Verwaltung

Melanie Brückner , Franka Koch , Anke Marggraf , Christfried Tschepe ,

Gäste

25 Gäste

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christina Krüger entschuldigt, Anja Miethke entschuldigt,

SPD-Fraktion

Jens Finka entschuldigt, Sebastian Rausch entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich entschuldigt,

Verwaltung

Stefan Wichary entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 24 Stadtverordnete (ab 18.33 Uhr 25 ab 18.42 Uhr 26) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bittet, die TOP 7.1, 7.2, 8.7 sowie die TOP 10.1 und 10.2 (Formalien und ein Antrag der Fraktion DIE LINKE.) zu streichen.

Zur Tagesordnung bestehen keine weiteren Einreden.

Zustimmung mit Änderung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 31.01.2019

Zur Niederschrift gibt es keine Einreden.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass zur Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses weder die Vorsitzende noch die Stellvertreterin anwesend sein können. Er bittet um die Abstimmung einer möglichen Terminverschiebung.

Weiterhin teilt die Fraktion BFZ mit, dass sie eine weitere Einwohnerin (Marion Metzen) für den Pool der sachkundigen EinwohnerInnen benennt.

Der Vorsitzende erinnert an die Veranstaltungen „Jugend im Gespräch mit der Politik“ am 18.3.2019 und zum Landschaftsplan der Stadt Fürstenwalde/Spree am 25.3.2019 und bittet um entsprechende Anmeldungen aus den Fraktionen.

Abschließend berichtet der Vorsitzende über einen anonymen Brief. Er hatte zunächst veranlasst, dass der allen Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Fiedler berichtet, dass Herr André Grosser neuer Vorsitzender des Ortsbeirates Trebus ist.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zur Haushaltsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree, insbesondere zum Teil 2019. Es lenkt das Augenmerk auf zwei wesentliche Punkte, nämlich Seite 3: ... „es wird erkennbar, dass die Überschüsse der laufenden Verwaltungstätigkeit in den Jahren 2018 bis 2022 ausreichen, um die jährliche Tilgung aus eigener Kraft zu decken und darüber hinaus erstmals seit Jahren sogar Überschüsse der laufenden Verwaltungstätigkeit zum Abbau des negativen Zahlungsmittelbestandes eingesetzt werden“.

Ein, so der Bürgermeister, positives Zeichen der Kommunalaufsicht zum Haushalt.

Weiter steht auf Seite 5: ... „das dem Grundsatz der Gesamtdeckung gemäß § 22 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung folgend, die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit insgesamt zur Deckung der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie für die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit dienen. Die verbleibenden Finanzmittelüberschüsse sind zur Ver-

minderung der Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten zu verwenden. Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dürfen nur zur Deckung der Auszahlung aus der Investitionstätigkeit herangezogen werden, insoweit keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden müssen. Damit bildet der Abbau der Kassenkredite oberste Priorität“.

Weiterhin meldet der Bürgermeister Vollzug zu einem Antrag vom 15.10.2018 –Minderung des Schadens für die Stadt Inanspruchnahme von Amtshaftverpflichtung im Kontext mit den Swap-Geschäften. Dazu liegen zwei Schreiben, einmal vom kommunalen Schadensausgleich (Schadenmeldung ist zu spät abgegeben worden, gleichzeitig wird bestätigt, dass bei der Versicherung nie eine Schadenmeldung zu diesem Sachverhalt eingegangen ist) und an den Landkreis vor, weil der Beschluss der STVV nicht beanstandet wurde und deshalb Amtshaftung geltend gemacht wird. Der LOS hat das Schreiben zur Prüfung an seine Haftpflichtversicherung weitergeleitet.

Der Bürgermeister informiert weiterhin, dass am heutigen Tage die steuerliche Betriebsprüfung der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2013 bis 2015 insbesondere zum Eigenbetrieb SCHWAPP, der Eigenbetrieb Stadtforst und die Stadt selbst abgeschlossen wurde. Es ging hauptsächlich um die Prüfung der Umsatzsteuer und es stellte sich heraus, dass es eine Reihe systematischer Fehler im Prüfungszeitraum gab (speziell Vorsteuer zur Erstattung beim Finanzamt gezogen wurde). Insgesamt müssen deshalb 78.000 € Steuern nachgezahlt werden (auf das SCHWAPP allein entfallen rd. 30.000 €). Es handelt sich, so betont Herr Rudolph, um ein sehr komplexes Thema mit dem Auseinanderhalten der einzelnen Steuersätze (hoheitliche Aufgabe oder wirtschaftliche Betätigung). Insgesamt schätzt er die Gespräche als konstruktiv ein, in dem es eine Reihe von Hinweisen für die Zukunft gab.

Weiterhin berichtet er, dass es rd. 80 Anträge aus dem politischen Raum in der Wahlperiode gab. Zur nächsten SVV soll deshalb ein Überblick zum Sachstand/Abarbeitungsstand erarbeitet werden.

Er erinnert an die Angelegenheit Sunovis in der Hegelstraße und die kontroverse Diskussion zum Bebauungsplan, der erst beim zweiten Anlauf beschlossen wurde. Die derzeitige Sachlage stellt sich so dar, dass die Stadt nicht ohne weiteres nach 25 Jahren in das Eigentum des Grundstücks kommen kann, anders als es 2016 diskutiert wurde. Die entsprechenden Unterlagen/Sachverhaltsdarstellungen werden den Stadtverordneten noch konkret zur Verfügung gestellt.

Abschließend spricht er die papierlose Mandatsträgerarbeit in der Stadtverordnetenversammlung an. Als weiteren Schritt gibt es nach dem Ratsinfoportal von der Fa. Somacos „Mandatos“ – eine App für Mandatsträger mit umfangreichen Funktionen. Testweise und kostenfrei sollen für drei Monate 6 Lizenzen zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgermeister bittet, dass aus jeder Fraktion ein/e Vertreter/in benannt wird, die/der sich an dieser Testphase beteiligt. Mit der neuen Stadtverordnetenversammlung kann dann entschieden werden, ob diese App erworben werden soll.

Herr Wende meldet sich zu Worte. Er vertritt die Auffassung, dass der Bürgermeister aus dem Schreiben des Landrates nur selektiv zitiert hat und geht auf einige Fragen ein, die bis zum 30.4.2019 beantwortet werden sollen (Einreichung eines überarbeiteten Wirtschaftsplanes der GIP GmbH, ... „abschließend bemerke ich, dass eine vollständige auch formale Prüfung der vorgelegten Haushaltsunterlagen nicht vorgenommen werden konnte. Ich bitte daher, bei der weiteren Haushaltsgestaltung eigenverantwortlich auf die haushaltsrechtlichen Anforderungen zu achten“.). Der Vorsitzende verweist auf den noch folgenden TOP der Anfragen an die Verwaltung und bittet, diese Thematik unter diesem TOP dann wieder aufzugreifen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohneranfragen gestellt.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen

TOP 8.2 Nachwahl zur Schiedsperson der Schiedsstelle Fürstenwalde Süd 6/DS/816/ 3

Ein gewählter Inhaber konnte sein Ehrenamt aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten. Aus diesem Grund ist eine Nachwahl für die Schiedsstelle Fürstenwalde-Süd notwendig.

Nachdem die Wahlunterlagen verteilt waren und die Stadtverordneten entsprechend gewählt hatten und die Stimmen ausgezählt wurden, verkündete der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis:

Elke Sander:	12 Stimmen
Dominique Schütze:	9 Stimmen
Michael Schulz:	6 Stimmen

Damit wird ein zweiter Wahlgang notwendig (Elke Sander oder Dominique Schütze). Erneut werden Stimmzettel ausgeteilt und nach Beendigung des Wahlgangs ausgezählt. Der Vorsitzende verkündet anschließend folgendes Wahlergebnis:

Elke Sander:	17 Stimmen
Dominique Schütze:	9 Stimmen
	1 ungültige Stimme

Des Weiteren wird den heute anwesenden, bereits gewählten Schiedsleuten (Herr Czekanowski, Frau Jatzek, Frau Piklapp-Rechenburg, Herr Hecker, Frau Sander, Herr Maiwald) mit einem Blumenstrauß gratuliert und viel Erfolg bei der Ausübung ihres Amtes gewünscht.

TOP 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde: Qualität der 6/AN/749/ Mittagsversorgung kontrollieren!" 1

Herr Wende spricht noch einmal die inzwischen positiven Eindrücke an, die die Mittagsversorgung in den kommunalen Einrichtungen hervorruft. Die Qualität ist deutlich besser geworden (gesünder, größere Auswahl etc). und außerdem soll es halbjährliche Kontrollen geben und insofern wird der Antrag heute zurückgezogen.

Zurückziehung

TOP 8.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 6/731 "Gut für Fürs- 6/AN/882 tenwalde - Essenbeiträge in kommunalen Kindertagesstätten, Grund- schulen und Horten abschaffen"

Die einbringende Fraktion beantragt, diesen inhaltlich inzwischen geänderten Antrag erneut in die Ausschusssrunde zu geben.

Verweisung

TOP 8.5 Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines "digitalen Marktplatzes" 6/AN/863 (City-Portal, City-App)

Zum Antrag gibt es noch einige Nachfragen von Stadtverordneten.

Auf die Nachfrage von Herrn Dippe zur Zielgruppe einer solchen City-App bzw. die Einrichtung einer

web-Seite bestätigt Herr Henkel von der einbringenden Fraktion, dass die Zielgruppe sowohl die EinwohnerInnen, Gewerbetreibenden als auch die Gäste sind. Ziel ist nicht nur eine App, sondern auch eine web-Seite.

Herr Apitz gibt zu bedenken, dass die Herstellung und ständige Pflege einer App/web-Seite Kosten verursacht. Er betont deshalb den Qualitätsanspruch, dass es deutlich besser als google-maps ist, denn das gibt es bereits.

Frau Wagner meint bei aller Zustimmung für diese Idee, dass der Vorschlag durchaus aus der Händlerschaft kommen müsste, denn ohne die funktioniert es nicht. Allerdings gibt es so viele Händler in der Stadt nicht mehr. Deshalb äußert sie Bedenken, dass die Stadt sich engagiert.

Herr Luban berichtet, dass von ursprünglich 54 Einzelhändlern zwischen Spreebrücke und Platz am Stern nur noch 3 vorhanden sind.

Herr Wende bittet, wieder zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen. Er erinnert an die ausführliche Sachdiskussion in den Ausschüssen und meint, so ein Projekt müsse durch eine Fachkraft begleitet und betreut werden. Die Stadt müsse alle Chancen nutzen, um die Aktivitäten der Händlerschaft, Vereine, Privatinitiativen und so vielfältig wie möglich, zu bündeln.

Frau Seiler meint, man müsse neue Interessenten heranziehen, vorhandene Gewerbe unterstützen und sich auf die zeitgemäßen neuen technischen Angebote einstellen.

Herr Hamacher berichtet, dass alle Angebote der Stadt auch Museen, Verbände, Vereine etc. sich wiederfinden und abrufbar sein sollten. Es gibt so viele Sport- und Kulturvereine, die sich bislang auf keiner Plattform finden.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Antrag genannten Schritte in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Beteiligten abzuarbeiten, und regelmäßig Bericht in der Stadtverordnetenversammlung zu erstatten.

Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Fürstenwalde - sicherer Hafen

6/AN/877

Herr Wende erklärt, dass sich Fürstenwalde sich der bundes- und europaweiten Initiative anschließen sollte, um sich gegen menschliche Tragödien zu positionieren. Unsere Stadt ist in der Integrationspolitik fest verankert und bietet gute Voraussetzungen.

Seitens einiger Fraktionen wird Beratungsbedarf signalisiert. Aus diesem Grunde beantragt die Fraktion DIE LINKE., den Antrag in die Ausschüsse zu verweisen.

Dem wird mehrheitlich entsprochen.

Verweisung

TOP 8.7 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und Standordmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft mbH

Herr Fischer geht ergänzend noch darauf ein, dass die Übernahme der OWF bereits Entscheidungsgrundlage war. Nun geht es darum, die Zukunft der Gesellschaft auszugestalten. Die BFZ-Fraktion regt an, Diskussionen wie die City-App, das Projektmanagement dafür, das Auslaufen des Innenstadtmanagement und deren neue Bahnen in die Ressourcen der OWF zu lenken. In einigen Bereichen, in denen sich die Stadt engagiert, wie Stadtfest oder Weihnachtsmarkt, sieht er keine originäre Aufgabe der Verwaltung.

Herr Ksink fragt nach der personellen Struktur der wirtschaftlichen Gesellschaft und Herrn Fischer meint, die müsse angepasst werden.

Frau Lehmann hat noch weiteren Gesprächsbedarf zur weiteren Ausgestaltung und bittet, den Antrag in die Ausschüsse zu verweisen.

Die einbringende Fraktion beantragt die Verweisung in die Ausschüsse. Dem wird mehrheitlich entsprochen.

Verweisung

TOP 8.8 Antrag der BFZ-Fraktion: Für mehr Sicherheit und Ordnung am Bahnhof 6/AN/881 und im Bahnhofsumfeld - Qualifizierung von Menschen in Arbeitslosigkeit zur Bahnhofs- und Umweltstreife

Herr Dippe berichtet, dass es um die Problemstellung der fehlenden Ordnung und Sicherheit am Bahnhof einerseits und andererseits um das Teilhabechancen-Gesetz geht, das die Personen, die schon länger in Arbeitslosigkeit sind, wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass es um eine sehr komplexe Thematik geht. Und Herr Wende vertritt die Auffassung, dass detaillierter Beratungsbedarf besteht. Die Problemstellung ist durchaus nachvollziehbar, aber aus seiner Sicht müsse über beide Ziele getrennt und nicht in einem Antrag diskutiert werden.

Die einbringende Fraktion beantragt die Verweisung in die Fachausschüsse.

Dem wird mehrheitlich entsprochen.

Verweisung

TOP 8.9 Informationen zum Antrag der BFZ-Fraktion (6/AN/453) Fahrradboxen im Bahnhofsumfeld

Das Wort hat der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung, Herr Tschepe. Er präsentiert eine Powerpointpräsentation (sh. Dokumente zum Tagesordnungspunkt) und geht in seinen Ausführungen u.a. auf die verschiedenen Alternativen, die planerischen und flächenmäßigen Voraussetzungen sowie die Finanzierungsmöglichkeiten/Förderung von Fahrradboxanlagen ein.

Abschließend gibt er den Hinweis, dass auf städtischen Grundstücken nach den Recherchen der Stadtplanung im Bahnhofsumfeld keine Kapazitäten für größere Fahrradboxen vorhanden sind. Es gibt aber eine Initiative der DB AG mit dem Bundesministerium für Umwelt (Bike+Ride-Offensive), wonach auch Flächen der DB in Anspruch genommen werden können.

Herr Wende äußert Kritik an den Ausführungen, denn er hat den Eindruck, dass sich leider nichts tut und nur geredet wird. Der Bedarf ist vorhanden, dem muss entsprochen werden. Er bittet, endlich eine umsetzbare Version vorzulegen. Herr Benz schließt sich der Kritik an und weist auch auf den dringlichen Handlungsbedarf hin.

TOP 8.10 Prioritätenlisten für den Haushaltsmittelbedarf der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2019 bis 2022

Der Bürgermeister berichtet, dass die Prioritätenlisten noch einmal ergänzt und deutlich qualifiziert wurden. Das Feld Erläuterungen wurden wesentlich erweitert und die Hinweise aus den Stadtentwicklungsausschuss berücksichtigt.

Die meisten Maßnahmen in der Investitionsliste (bis lfd. Nr. 111) seien, so Herr Rudolph, bekannt und seit vielen Jahren im Gespräch (Mitschurinstraße, Trebuser Straße, Lindenstraße, Radwege, Anträge und Maßnahmen aus Haushaltsdebatten etc.). Nunmehr ist alles zusammengefasst was der Verwaltung bekannt ist. Die schiere Anzahl und der Mittelbedarf von 26 Mio€ sagt aus, ganz dringend eine Priorisierung stattfinden muss. Er gibt noch den Hinweis, dass auch die Kritik in der vorangegangenen Diskussion zu den Fahrradboxen insofern unberechtigt ist, als das bislang an allem ein bisschen gearbeitet wird und nichts wirklich priorisiert ist. Er appelliert an die Stadtverordneten, gemeinsam eine Prioritätenliste zu erarbeiten, an der die Verwaltung sich dann orientieren und konstruktiv abarbeiten kann. Die Priorisierung der laufenden Verwaltungstätigkeit (pflichtige Aufgaben, vertragliche Bindungen etc) kann diskutiert werden. Er hofft, dass die Aufwendungen dann trotzdem mit einem Überschuss abschließen. Er bittet, beide Listen auseinander zu halten. Zum einen können die Investitionen größtenteils aus Fördermitteln finanziert werden. Erst wenn der Kassenkredit zurückgefahren wird, kann ein evtl. Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit für Investitionen verwendet werden.

Herr Apitz spricht die Planungsleistungen für eine Radwegeverbindung zwischen Bahnhof und

Spreebrücke an und bittet, die HP um diese Maßnahme zu ergänzen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht sich für die Erarbeitung einer Prioritätenliste eine Vorauswahl durch die Fachleute aus der Verwaltung.

Frau Wagner merkt an, dass ihre Fraktion keine Priorisierung vornehmen wird. Sie meint, das wäre Aufgabe der Verwaltung. Wenn diese Liste vorliegt, dann kann mit den Stadtverordneten über Verschiebungen und detaillierte Projekte diskutiert werden. Alles andere hält sie für nicht praktikabel.

Herr Sachse dankt für die ausführlichen Ergänzungen in der Zuarbeit. Ihm fallen jedoch Worte wie dringend, zwingend, unabdingbar für die Maßnahmen auf, die im Doppelhaushalt 2018/2019 gefehlt haben. Die vielen kleineren Projekte, dass was unbedingt umgesetzt werden muss, weiß nur die Verwaltung am besten und deshalb muss diese Zuarbeit auch von der Verwaltung kommen.

Herr Hajduk vom Ortsbeirat Heideland gibt den Hinweis, dass die Summe für die Querungshilfe für die Hangelsberger Chaussee noch immer nicht stimmt.

Herr Fischer vertritt die Auffassung, dass die Auflistung für die Investitionstätigkeit und die laufende Verwaltungstätigkeit viel mehr Maßnahmen aufweist, als finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Insofern müssen zunächst alle originären Aufgaben der Kommune abgearbeitet werden, um das städtische Leben zu organisieren und zu stabilisieren. Er bittet, von der Verwaltung darzustellen, was in den nächsten ein, zwei Jahren dringendst umgesetzt werden muss.

Frau Fiedler gibt den Hinweis, dass man im Ortsteil Trebus dringend auf die weitere Planung und das Konzept zur Regenwasserentsorgung warte. Sie bittet, das in der Priorisierung zu beachten.

Der Bürgermeister bittet um konkrete Anweisungen, denn die Planung wäre laufende Verwaltungstätigkeit und die Umsetzung in die Investitionsliste aufzunehmen. Er bittet noch einmal, beide Listen getrennt voneinander zu betrachten.

Herr Wende spricht die permanente Entwicklung von Aufträgen an die Verwaltung, Anträgen, von Maßnahmen, von neuen Ideen an und meint, es werden auch im Laufe der weiteren Debatte immer wieder Dinge geben, die dazukommen. Des Weiteren meint er, die Einnahmesituation müsse verbessert werden. Darüber müsse nachgedacht und diskutiert werden, wenn es gelingen soll, den Kassenkredit abzubauen. Außerdem sollte die hiesige Diskussion noch einmal an die Ausschüsse gegeben werden, denn sie sind mit dem bisher Vorgelegten gut versorgt. Er bittet, dass sich die Verwaltungsführung dann auch an den Diskussionen in den Fraktionen beteiligt und abschließend eine gemeinsame „Bereinigungsrunde“ stattfindet, um den entsprechenden Beschluss vorzubereiten.

Der Vorsitzende bringt den Vorschlag zur Abstimmung, die Prioritätenliste erneut in die Ausschüsse zu verweisen. Dem wird einstimmig entsprochen.

Verweisung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.11 Beschluss über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree 6/DS/861

Zu einigen Punkten der Geschäftsordnung gibt es noch Nachfragen, die kurz beantwortet werden. Die BFZ-Fraktion beantragt, die Redezeit bei 5 bzw. 15 min zu belassen.

Herr Teichmann spricht dagegen und meint, die Redezeit in der Stadtverordnetenversammlung solle verkürzt werden, da die Sachdiskussionen in den Fachausschüssen geführt werden.

Der Vorsitzende bringt den Antrag von Herrn Dippe zur Abstimmung. Dem Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen zugestimmt.

Herr Teichmann vertritt die Auffassung, dass Bild- und vor allem Tonaufzeichnungen und deren dauerhafte Zurverfügungstellung problematisch sind. Er fragt, ob das grundsätzlich so gewollt ist und ob die Tonprotokolle der öffentlichen Sitzung nicht nach einer Sitzung zu löschen sind.

Herr Wende findet es zeitgemäß, die Hörprotokolle zur Verfügung zu stellen, zumal jedermann auch bei einem zeitlich begrenzten Rahmen, die Möglichkeit hätte, es runterzuladen, es zu verbreiten, es zu speichern. Er wirbt dafür, die Regelung im Entwurf der Geschäftsordnung umzusetzen und auch Höraufzeichnungen aus nicht öffentlichen Sitzungen einem berechtigten Personenkreis zur Verfü-

gung zu stellen.

Herr Fischer stimmt dem zu und meint, die Höraufzeichnungen wären ein gutes Werkzeug für die Stadtverordneten und für Einwohnerschaft. Man sollte durchaus Fortschritte und derartige Angebote machen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 3 beigefügte Geschäftsordnung (GeschO).

Zustimmung mit Änderung Ja 23 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.12 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gegenseitigen Hilfe im Rahmen 6/DS/862 der Bewältigung von Aufgaben der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, mit dem Amt Scharmützelsee, vertreten durch den Amtsdirektor, Herrn Christian Riecke, die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gegenseitigen Hilfe im Rahmen der Bewältigung von gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zu unterzeichnen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, mit dem Amt Odervorland, vertreten durch die Amtsdirektorin, Frau Marlen Rost, die als Anlage 2 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gegenseitigen Hilfe im Rahmen der Bewältigung von gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zu unterzeichnen.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.13 Sachstand der Abarbeitung der Bürgerbudgetprojekte 2017-2019 6/IV/865

Kenntnisnahme

TOP 8.14 Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus 6/DS/866 Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde/Spree

In eingehender Debatte über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen in der Innenstadt bzw. im gesamten Stadtgebiet werden unterschiedliche Auffassungen vertreten.

Frau Wagner meint, die Händlerschaft solle das selbst entscheiden, ob man öffnet oder nicht. Sie spricht sich für die gesamte Stadt aus. Herr Luban gibt den Hinweis, dass es nicht mehr viele Händler gibt, vormals waren es von der Schlossstraße bis zum Platz am Stern 54.

Herr Sachse meint, Lebensmittelgeschäfte sollten am Sonntag nicht öffnen. Er bittet, eine Beschränkung nur auf das Stadtkerngebiet zu diskutieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte, dass so viele wie möglich zum Stadtfest gehen und sich beteiligen können. Auch unter dem Aspekt des MitarbeiterInnenschutzes spricht sich die Fraktion gegen die Öffnung in der gesamten Stadt aus.

Herr Dippe meint auch, man solle sich auf den Stadtkern fokussieren und auf die Attraktionen zum jeweiligen Anlass, dass die BesucherInnen und die Einwohnerschaft in die Innenstadt kommt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte ordnungsbehördliche Verordnung über verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2019 in der Stadt Fürstenwalde/Spree und bestimmt in § 1 dieser ordnungsbehördlichen Verordnung

- a) den 19. Mai 2019 (Stadtfest),
- b) den 8. September 2019 (Handwerker- und Bauernmarkt) und/oder
- c) den 15. Dezember 2019 (Weihnachtsmarkt)

Zustimmung 26 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Für das gesamte Stadtgebiet sprechen sich 8 Stadtverordnete aus. Es gibt 14 Gegenstimmen. So dass der Vorsitzende zur Abstimmung bringt, dass der Geltungsbereich für Sonntagsöffnungen sich zu den 3 beschlossenen Anlässen nur auf die Innenstadt bezieht.

Zustimmung Ja 15 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.15 Beschluss zur Bildung des 2. Abschnitts Emma-Reich-Straße

6/DS/856

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Es wird die Bildung des 2. Abschnitts der Emma-Reich-Straße vom Heuweg bis zur Langewahler Straße beschlossen.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Zunächst verständigt man sich darauf, dass Fragen aus den Ausschüssen dort beantwortet werden. Die Beantwortung noch offen gebliebener Fragen wird schriftlich nachgereicht. Sofern ein Sachverhalt auch für alle Stadtverordneten relevant ist, wird er durch den Fragesteller in der SVV wiederholt.

Der Bürgermeister berichtet, dass es eine zusätzliche Bushaltestelle an der Holzstraße geben wird. Die Stadt hat dafür an den BOS eine Stellungnahme abgegeben und mitgeteilt, dass an der östlichen Seite mittels Aufstellung eines entsprechenden Schildes die Bushaltestelle unmittelbar eingerichtet werden kann. Auf der westlichen Seite muss eine Einfahrbucht geschaffen werden, da dort der abschüssige Verkehr aus Fwe.-Nord kommt. An dieser Stelle muss über die weiteren Handlungsmöglichkeiten noch verhandelt werden.

Herr Tschepe ergänzt, dass die Buslinie 414 verlängert wird.

Er berichtet, dass die Beleuchtung des Festplatzes im OT Trebus (Angebotswertung läuft) noch im März erfolgt die Submission, dann bis Ende Mai realisiert werden soll.

Des Weiteren informiert er über die geplante Erneuerung des Kreisels an der Hangelsberger Chaussee/Hegelstraße, die im Zeitraum April bis Juni 2019 durchgeführt werden soll.

Die Fertigstellung der Arbeiten an der A.-Bebel-Straße/am ehem. AWO-Gebäude ist für die nächsten Tage geplant.

Im Zusammenhang mit dem Normenkontrollantrag gegen die Änderung des BPlanes für das Gewerbegebiet zwischen Bahn und E.-Jopp-Straße war heute der Verhandlungstag vom OVG. Nach Sachlage der Dinge hat der Antragsteller seinen Antrag dann zurückgezogen. Im nächsten Stadtentwicklungsausschuss wird es dazu noch konkrete Informationen geben.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Herr Zänker erinnert an die Brandschutzschau im Tränkeweg und dass offensichtlich die Kunststofflager-Richtlinie nicht eingehalten wird. Er fragt, ob schon Schritte des Betreibers zur Separierung des Plasteabfalls bekannt geworden?

Der Bürgermeister berichtet, dass das zuständige Landesamt für Umwelt in Kenntnis gesetzt wurde und handeln wird. Einen anderen Kenntnisstand hat er zurzeit nicht.

Herr Sachse gibt den Hinweis, dass die Anfrage von Frau Strohmeyer in der vorherigen SVV dahingehend vorgetragen wurde, dass die Radfahrer oftmals auf der falschen Seite und von der Brücke kommend stadteinwärts auf der linken Seite fahren. Darauf wollte er noch einmal hinweisen.

Herr Wende bittet noch einmal um ausführliche Informationen die Buslinie 414 betreffend, gern auch schriftlich. Das sagt der Bürgermeister zu.

Des Weiteren erinnert er an den notwendigen Umsetzungsstand des Antrages zum Bahnhof als Entree in die Stadt. Der wurde beschlossen und er bittet, die offenen Festlegungen umzusetzen.

Einen Brief an den Vorsitzenden zum Anlass nehmend, bittet er um Aufklärung, was darin kritisiert wird und wie man mit dem Brief umgehen könne. Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass es sich um ein internes Schreiben handelt und er dazu im öffentlichen Sitzungsteil keine Antwort geben kann. Er bringt sein Befremden zum Ausdruck, dass wiederholt nichtöffentliche Sachverhalte in die Öffentlichkeit gerückt werden.

In diesem Kontext möchte Herr Wende noch informieren und nachfragen, ob das Verbot, am 8. März Nelken in der Verwaltung zu verteilen, im Rathaus ernst gemeint war. Bislang wurde die Aktion auch dafür genutzt, mit den MitarbeiterInnen ins Gespräch zu kommen.

Der Bürgermeister meint, er müsse dann auch jeder anderen Fraktion die Möglichkeit einräumen, ins Rathaus zu kommen und kleine Präsente zu verteilen. Er hat festgestellt, dass derartige Aktionen die Verwaltungsmitarbeiter und die Arbeitszeit doch stark in Anspruch nehmen. Ansonsten gibt es selbstverständlich jederzeit die Möglichkeit und die geübte Praxis, Anfragen an die MitarbeiterInnen zu stellen, die umgehend beantwortet werden.

Frau Fiedler hat eine Nachfrage aus dem OT Trebus, und zwar möchten sie wissen, wie weit die Regenwasserbeseitigungsplanung ist. Zum anderen gab es vom Landesbetrieb für Straßenwesen eine Anfrage an die Trebuser, zur Restaurierung der Trebuser Durchgangsstraße mit Erneuerung der Bürgersteige. Sie fragt, ob es weitere Absprachen mit dem Landesbetrieb gibt bzw. wie der Stand der Dinge ist.

Der Bürgermeister verweist zu erstens noch einmal auf die Prioritätenliste und meint, erst wenn eine Priorisierung vorliegt, dann kann die Verwaltung reagieren. Immer wieder wird auch bei anderen Investitionsmaßnahmen zum Stand der Dinge nachgefragt, aber der politische Raum muss den Auftrag mit der Priorisierung an die Verwaltung signalisieren, dass diese tätig werden und alle Ressourcen mobilisieren kann.

Herr Tschepe meint, das Landesbetrieb sei hier im Auftrag des Bundes tätig und letzter Stand der Dinge war, dass es jetzt einen Planungsprozess gibt, der wie bei allen hochrangigen Behörden etwas Zeit in Anspruch nimmt. Als Zeitraum einer Realisierung wird offensichtlich 2021 angestrebt.

Zur Nachfrage von Herrn Dippe zu möglichen Verträgen über die Nutzung oder künftige Bebauung der Spreewiese meint Herr Tschepe, dass es keine Verträge gibt. Es gab aber seinerzeit die Entscheidung, die Festwiese (sog. Bullenwiese an der Spree) nicht mehr als solche zu nutzen. Aus der Nachbarschaft gab es Beschwerden und die Wiese war auch für große Fahrzeuge nur schwer zu erreichen.

Frau Wagner bittet um Auskunft, wann mit den Zuwendungsbescheiden für die Träger der freien Wohlfahrtspflege zu rechnen sei.

Der Bürgermeister berichtet, dass diese in der FG 3.50 erstellt werden. Die Zuwendungsbescheide für Projekte der Integration konnten noch nicht alle erstellt werden, da die meisten Anträge nicht vollständig waren. Die zuständige Mitarbeiterin ist nunmehr wieder Hause und wird die Anträge abarbeiten.

Herr Runge geht auf die Abfrage bzw. Zuarbeiten für den Plan 2020 bis 2025, die innerhalb von 14 Tagen zu leisten sind. Er äußert seinen Unmut über die kurze Terminstellung, die durch ehrenamtliche Kräfte nicht zu leisten ist. Außerdem geht der Nutzungsvertrag bis 31.6.2019, nun fragt er, wie sinnvoll da eine Planung bis 2025 ist.

Der Bürgermeister betont, dass weiterhin Interesse daran besteht, dass die Sportstätten wie bisher auch von den gleichen Protagonisten genutzt werden. Deshalb wird kooperativ daran gearbeitet. Er wird die Hinweise aufnehmen und an die Fachgruppe weitergeben.

Herr Sachse bittet den Bürgermeister um Auskunft, welche Themen in der Sprechstunde im Rathaus angesprochen werden und die Einwohnerschaft bewegen.

Der Bürgermeister vertritt hierzu die Auffassung, dass es durchaus Gesprächspartner gibt, die nicht zu ihm in die Sprechstunde kommen, jedoch in der Linksfraktion kämen. Insofern ermuntert er die Fraktionen, eigene Sprechstunden abzuhalten. Herr Fischer ergänzt, dass in anderen Kommunen auch eine Sprechstunde des Vorsitzenden der SVV abgehalten wird, wenn der Bedarf signalisiert wird.

Frau Wagner bittet um eine Aufstellung über den Krankenstand in der Verwaltung.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung unter Hinzuziehung des Personalrates zu.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.14 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin